

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Thomas Döhne

Jahrestag des Ausnahmezustands

Seit Verhängung des Ausnahmezustands durch König Gyanendra am 26. November 2001 sind nach offiziellen Angaben bei den Kämpfen gegen die maoistischen Rebellen mindestens 223 Soldaten getötet und weitere 308 verwundet worden. Die Zahl der getöteten Maoisten lag im gleichen Zeitraum bei 4.200. Die Zahl der Verletzten lag laut amtlicher Statistik auf Rebellenseite bei lediglich 400.

Maoisten bereiten Friedensgespräche vor

Am 3. Dezember wurde vom Politbüro der *Communist Party of Nepal (CPN-Maoist)* eine Presseerklärung veröffentlicht, in der die Bereitschaft zu erneuten Friedensgesprächen mit der Regierung bekundet und das Versprechen erneuert wird, Angriffe auf Mitglieder anderer Parteien wie auch auf Einrichtungen der staatlichen Infrastruktur zu beenden.

Gemäß dieser Verlautbarung soll der maoistische Führungsstab inzwischen ein hochrangiges Dialogkomitee eingesetzt haben. Dieses Komitee habe den Auftrag, Wege für eine friedliche Lösung des Konflikts zu finden. Das *Statement* signalisiert die Übereinkunft, mit allen politischen Kräften einschließlich des Königs Gespräche zu führen. Unabhängig von dieser Erklärung hatte Innenminister Dharma Bahadur Thapa auf einer Pressekonferenz in Biratnagar bestätigt, daß die Regierung unabhängige Vermittler damit beauftragt habe, mit den Maoisten über die Möglichkeit und konkreten Bedingungen einer Aufnahme von Gesprächen zu verhandeln. Bereits einige Tage zuvor hatte Ministerpräsident Lokendra Bahadur Chand öffentlich eine grundsätzliche Bereitschaft der Regierung zur Aufnahme von Friedensverhandlungen erklärt.

Drohende Hungersnot in Westnepal

Experten warnen, daß spätestens im kommenden Februar in Teilen Westnepals eine Hungersnot von bisher nicht gekanntem Ausmaß droht. Örtliche Behörden berichten von einer äußerst kritischen Ernährungslage in einigen Distrikten, die zu den Kerngebieten des maoistischen Aufstands zählen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Sicherheitskräfte blockieren den Zugang in von Maoisten kontrollierte Gebiete, Maoisten nehmen den Bauern das Wenige weg, was sie selbst zum Leben brauchen. Dazu kommt in diesem Jahr eine der schlimmsten Dürren, die Westnepal in den letzten 50 Jahren erlebt hat. Zudem haben viele Arbeitsfähige aus den verschiedensten Gründen die Dörfer ver-

lassen. Die Folge: Durch Dürre und Arbeitskräftemangel ging z. B. in Bajura die Getreideproduktion um 60 Prozent zurück. Schätzungen gehen davon aus, daß ein Viertel der Gesamtbevölkerung von rund 80.000 Menschen in der betroffenen Region ihre Dörfer bereits verlassen hat. Die *Nepal Food Cooperation* konnte schon im vergangenen Jahr nur einen kleinen Teil des bestehenden Nahrungsmitteldefizits ausgleichen. Unter den Bedingungen des eskalierenden Bürgerkriegs ist dies schon aus logistischen Gründen nicht mehr möglich, da mehrere Landeplätze zerstört, Zugangsstraßen blockiert oder vermint wurden und der lokale Handel nicht mehr funktioniert

Generalstreik: 5.000 Bildungseinrichtungen geschlossen

Zwei Tage nachdem die vom König eingesetzte Regierung ein 29 Punkte umfassendes Reformprogramm zur Verbesserung der Situation in den Bildungseinrichtungen verkündet hatte, führte ein von der maoistischen Studentenvereinigung ANNISU-R ausgerufenen Generalstreik (*Bandh*) in der zweiten Dezemberwoche im Kathmandu-Tal zur Schließung von mehr als 5.000 Bildungseinrichtungen. Die Studentenvereinigung, die ihrerseits zuvor einen 13-Punkte-Katalog mit Forderungen zur Verbesserung der Bildungssituation im Land vorgelegt hatte, warf Bildungsminister Devi Prasad Ojha vor, das von ihm angekündigte Reformprogramm sei völlig ungeeignet, die Bildungsprobleme des Landes auch nur im Ansatz zu lösen. In einer Presseerklärung griff ANNISU-R-Präsident Devendra Parajuli den Minister mit den Worten an, der von seinem Ministerium erarbeitete Reformvorschlag sei unverantwortlich, unakzeptabel und unmoralisch, da er keine ihrer Forderungen darin berücksichtige. Minister Ojha hatte zuvor

Gesprächsbereitschaft nur für den Fall erklärt, daß die Studentenvereinigung den Pfad der Gewalt verlasse. Die Forderungen der Studentenvereinigung beinhalten unter anderem ein Ende der Privatisierung und Kommerzialisierung im Bildungsbereich, einen höheren Bildungsetat und die Beendigung der Etikettierung ihrer Organisation als „terroristisch“. In Westnepal wurden zu Beginn des Streiks gleich mehrere Schulgebäude in Brand gesteckt. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse signalisierte Ojha die Bereitschaft der Regierung zu Gesprächen unter der Bedingung, daß die maoistischen Studenten ihre Drohungen und gewaltsamen Angriffe auf Privatschulen und andere Bildungseinrichtungen beenden.

In der Vergangenheit war es wiederholt zu Angriffen auf Schulen gekommen, die vor allem auch in ländlichen Gebieten zu erheblichen Beeinträchtigungen des Unterrichts führten. In zahlreichen Distrikten wurden Lehrer von beiden Kriegsparteien bedroht, mißhandelt und auch getötet.